

**Ersteinst täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Bezugspreis**  
monatlich 60 Pfennig frei  
im Hause, durch die Post  
bezogen monatlich  
1,60 Mk. ohne Beleggeb.

„Die Neue Welt“  
(Inhaltsverzeichnis),  
monatlich 10 Pfennig.

Verantwortl. Schriftföhrer:  
Schriftleitung: Nr. 985.  
Verlagsredaktion: Nr. 1047.



**Anzeigengebühr**  
betragt für die Gasplatten  
Kolonnensätze od. deren Raum  
20 Pfennig,  
für auswendige Anzeigen  
25 Pfennig,  
Anzeigen anderer Art  
bis Seite 70 Pfennig.

**Anzeigen**  
für die fällige Nummer  
müssen spätestens bis vor-  
mittags halb 10 Uhr in der  
Verlagsredaktion eingehen.

Eintragungen in die  
Postzeitungsliste.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
Haupt-Geschäftsstelle: Barz 42/3. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

**Steuerung u. Agrarwucher.**

Es bleibt bei der Steuerung; das ist das Resultat der Verhandlungen der vom Reichstage eingesetzten Steuerungskommission. Statt irgendwelche entscheidenden Mittel zur wirklichen Bekämpfung der Steuerung in Anwendung zu bringen, beschränkte sich ihre Tätigkeit auf das gesetzliche Sanktionieren der von der Regierung ergriffenen völlig ungenügenden Maßnahmen. Die Vorschläge der Sozialdemokraten, die eine wirkliche Vinderung der Fleischnot bringen würden, wurden in der Kommission von allen Parteien, auch von den Fortschrittlichen, abgelehnt. Mehr noch, in dem Gesetzentwurf, dem die Kommission zustimmte, wird nichts Bestimmtes beschlossen und geboten, sondern die Regierung wird bloß ermächtigt, bis zum 1. April 1914 die Fleischhöfe für den gemeindlichen Fleischbedarf der großen Städte zu ermäßigen. Alles bleibt der Willkür der Regierung überlassen; und wie sie ihre Freiheit zu benutzen gedenkt, zeigt die Antwort ihres Vertreters auf eine Frage des Herren von Bülow, daß die preussische Regierung diese Ermäßigung für Berlin schon am 31. März 1913 aufheben lassen will.

mittel teurer werden, müssen zwar die Städte mehr bezahlen, aber nur zugunsten der bäuerlichen Bevölkerung, die mehr empfangt, und ohne diese Mehrerlöse nicht existieren könnte. Nun hat schon unsere Presse wiederholt darauf hingewiesen, daß die hohen Lebensmittelpreise nur dem kleinsten Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommen, nicht nur die Arbeiterklasse auf dem Lande, sondern auch die Masse der Kleinbesitzer, nur durch mehr Gebärd als gefördert. Aber in diesem Nachweis tritt der volkswirtschaftliche, wucherliche Charakter der Lebensmittelerzeugung durch Zölle und Grenzsperrern noch nicht scharf genug hervor. Aufeinander haben doch auch die Mittel- und Kleinbauern Interesse an den hohen Fleischpreisen, die ihre Einkommen steigern. In Wirklichkeit kommt aber jede Zoll- und Steuerpolitik nur den Besitzern des Bodens, nicht seinen Verbrauchern zugute.

Durchführung der Reformen ist in nächster Zukunft unmöglich; aus vielen Gründen, von denen der wichtigste die Angleichung neuer Länder an Bulgarien ist. Die neuen Gebiete sind weit größer, Bulgarien wird deshalb gezwungen sein, erst für die elementarsten Bedürfnisse der neuen Gebiete zu sorgen; für Gerichtsverfassung, Verwaltung sowie auch für die Regelung der Agrarverhältnisse in Mazedonien. All dies wird viel Geld und viel Zeit kosten, und die Regierung wird mit dieser Belastung die Zurückstellung der sozialen Reformen begründen. Selbst der Druck derer, die die soziale Reformen begründen, die die Regierung auf die Bahn sozialer Reformen drängte, dürfte nachlassen. Denn sobald der Frieden geschlossen und sobald die neuen Gebiete an Bulgarien angegliedert, wird eine Masse arbeitsloser Intellektueller und Lohnarbeiter nach Mazedonien überfließen, um dort ihr Glück zu versuchen. Das kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterorganisationen in Bulgarien bleiben, die ohnedies durch den Krieg sehr geschwächt sind.

Darle, bittere Worte sind darüber gefallen; und mit Recht. Was noch so oft und unwiderleglich bewiesen sein, wie sehr die hohen der Lebenshaltung geliehen sind und welche verhängnisvollen Folgen die Internierung, die langsame, chronische Hungernot für die Massen des Volkes mit sich zieht, die Regierung kümmert sich gar nicht darum, sondern hört nur auf das Gebot der Agrarier, die bei den hohen Fleischpreisen hohe Profite machen. Aber darin liegt schließlich auch nichts Wunderbares. Wo gibt es heute in Deutschland noch einen Menschen, der in der kritischen Situation steht, die Regierung sei zum Wohle des Volkes da und denke nur daran, den Interessen der Volksmassen zu dienen? Von einer Regierung der Ausbeuten und wucherlichen Klassen die Wahrnehmung der Volksinteressen zu erwarten, ist genau so widersinnig, wie von den Wölfen liebevolle Fürsorge für das Wohl der Schafe.

Das soll durchaus nicht bestritten werden, daß die Arbeiterpolitik der herrschenden Klasse in Deutschland für sie die einzig mögliche, natürliche und vernünftige Politik wäre. Keiner kann von ihr erwarten, daß ihre Vertretung, die Regierung, die Interessen der anderen Klassen wahrnimmt, aber man könnte von ihr verlangen, daß sie die Interessen der eigenen Klassen in der besten, weitestgehenden Weise vertritt. Es liegt nicht im wirtlichen Interesse einer herrschenden Klasse, und ist daher eine gute Politik, über das Leiden, die Erbitterung und Empörung der unterdrückten Massen gleichgültig hinwegzusehen, denn dadurch wird das Fundament ihrer Herrschaft untergraben. Die große Politik wirklicher Staatsmänner hat immer darin bestanden, den großen, bleibenden Klasseninteressen, wenn nötig, die augenblicklichen beschränkten Profitinteressen der einzelnen Personen von heute zu sperren; dafür hatte sie freilich oft gegen den wütenden Widerstand der eigenen Klasse anzukämpfen. Darin hat vor allem die englische Bourgeoisie Musterbeispiel gegeben, und sie hat damit in der Tat erreicht, daß während eines ganzen Jahrhunderts gewaltiger kapitalistischer Entwicklung keine revolutionäre proletarische Bewegung entworfen konnte. Im vollen Bewußtsein dazu denken die deutschen Arbeiter nur daran, was liegt vor dem Verlust ihres Volens, den unmittelbaren Profitinteressen der Junker zu geschweigen, ob sie mit dieser brutalen Politik die Massen immer mehr zur erbitterten Arbeiterklasse aufpeitschen, läßt sie gleichgültig, nach den die Einstimmigkeit das ist auch ihre Devise.

Unterbreiten werden viele bestellte Mazedonien nach Bulgarien kommen, um hier Arbeit zu verdienen, das sie später eine selbständige kleinbürgerliche Existenz in Mazedonien zu gründen, doch in Deutschland wird der Arbeitsmarkt nicht natürlich die Konkurrenz unter den Arbeitermassen verschärfen, wird das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Klasseninteressen vermindern und den individuellen Kampf ums Dasein in den Vordergrund rücken. Und es ist jenen, daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei stark leiden müssen.

Überdies, wo ihnen die eigene, weitestgehende Veranant selbst, könnte mit einem Druck von unten nachgeholfen werden. Auch die englischen Politiker handelten nicht aus ihrer eigenen genialen Intuition heraus, sondern sie gaben dem Druck der Massen nach. Es ist durchaus nicht hoffnungslos oder widersinnig, von einer volkswirtschaftlichen Regierung Maßnahmen zur Vinderung der Not des Volkes zu erwarten; es ist bloß widersinnig, sie durch moralische Predigten oder eindringliche Reden dazu bewegen zu wollen. Sie kann nur durch das Auftreten der Volksmassen gezwungen werden. So lange dies alles ruhig über sich ergehen lassen, geschieht nichts zu ihrem Gunsten. Nur wenn die Massen energisch auftreten, in großen Aktionen gegen ihre Ausbeuter protestieren, immer härter und in immer größeren Scharen demonstrieren und damit den herrschenden Klassen die Gefahr ihrer volkswirtschaftlichen Politik zum Bewußtsein bringen, kann hämmernd nichtschon auch in den kleinen Bureaucratengebieten die Einsicht auf daß es بهتر ist, etwas nachzugeben. Was die Regierung für das Volk tut, steht in direktem Verhältnis zu der Kraft der Aktion der Volksmassen. Und daher ist das Resultat auch gar nicht verwunderlich; die Aktion der Arbeiterklasse war bisher durchaus ungenügend, die Regierung zu wesentlichen Konzessionen zu zwingen. Einige Protestveranstaltungen im vorigen Herbst konnten natürlich auf die regierenden Schichten keinen so großen Eindruck machen, daß sie ihnen zuliebe von ihren Profitinteressen Abstand nahmen; dazu wäre ein ganz anderes Auftreten nötig, und dann kam die Kriegsgeschichte, die die gespannteste Aufmerksamkeit der Massen forderte. So ist es gekommen, daß gegen die Steuerung nichts geschieht, und solange die Massen nicht maßvoll in Bewegung kommen, wird auch in Zukunft nichts geschehen.

Das Privateigentum an Grund und Boden führt dazu, daß alles, was eine große Volkswirtschaft über eine sonstige kapitalistische Unternehmung und von ein kleines Wägen über ein Arbeiter Einkommen hinaus an Ertrag liefert, dem Grundbesitzer als Grundrente zufällt. Steigt dieser Ertrag durch das Steigen der Preise, so wächst auch die Grundrente; wo Grundbesitzer und Bauer verschiedene Personen sind, wie im Pachtsystem, tritt das darin hervor, daß der Pachtwillige mit den Lebensmittelpreisen steigt, so daß nicht der wirkliche Produzent, der Pächter, sondern nur der Besitzer die Vorteile in die Tasche steckt. Allerdings liegt die Sache anders, wo der Bauer zugleich Besitzer des Bodens ist; da fällt ihm selbst als Grundbesitzer der höhere Ertrag zu. Aber das gilt nur für die einzelnen Personen, nicht für die gesamte Klasse. Denn dasselbe Gut bleibt nicht immer in denselben Händen; und da der Kaufpreis des Bodens nichts als die kapitalistische Grundrente, d. h. eine Geldsumme, die einen der Grundrente gleichen jährlichen Ertrag an Zins liefert, so steigt der Bodenpreis mit der Grundrente. Steigen also die Preise, so bekommt der bäuerliche Besitzer größere Einkünfte; verkauft er nun das Gut, so erhält er in dem höheren Kaufpreis die gesteigerte Grundrente für alle Zukunft vorweggenommen, und sein Nachfolger im Besitz, der diese Grundrente in Gestalt von Zinsen des Kaufkapitals bezahlt, hat nicht den geringsten Vorteil mehr von der bisherigen Steigerung der Lebensmittelpreise. Umgekehrt: nur bei diesen hohen Preisen kann er gerade auskommen, und er muß jedes Sinken der Preise als eine Bedrohung seiner Existenz fürchten.

Es sind also vergebliche Hoffnungen, wenn die Arbeiter annehmen, nach Beendigung des Krieges werde die Regierung durch Organisation von öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosigkeit abhelfen. Dazu wären bedeutende finanzielle Mittel erforderlich. Die bulgarische Regierung wird aber, soweit die Mittel reichen, zur Vergrößerung der Armee, zum Bau von Kriegsschiffen, zur Erzeugung der verbrauchten Kriegsmaterialien verwenden.

**Balkan-Perspektiven.**

Aus Sofia, 18. Januar, wird uns geschrieben:  
Wie schwer es auch sein mag, in allen Einzelheiten die Veränderungen vorauszusagen, die der Krieg im sozialpolitischen Leben Bulgariens hervorgerufen wird, die Grundlinien dieser Veränderungen lassen sich jetzt schon klar erkennen. Die Lage, die der Krieg schaffen wird, bietet wenig erfreuliches, besonders hinsichtlich der sozialen Reformen, deren das Land so sehr bedarf.

Was kann unter solchen Umständen die sozialistische Partei tun, die einzige Vertreterin der arbeitenden Massen, die einige ernste Gegner des Militarismus in Bulgarien? Ihre Wirksamkeit wird sehr erschwert, ihre Propaganda, mindestens in der ersten Zeit nach dem Kriege, sehr unpopulär sein. Der Agitation gegen den Militarismus werden die großen Siege und die „befreiten“ Gebiete entgegengehalten werden. Und die Arbeitermassen sind vor allem von dem Wunsch befeuert, für ihre hungernden Familien zu sorgen. Schon die Tatsache, daß man vor der Mobilisierung keinen Massenprotest gegen den Krieg organisieren konnte, bezeugt deutlich die Entmutigung und Desorganisation der Arbeitermassen. Daran ist auch der Zwist der sozialistischen Fraktionen nicht wenig schuld, der lässend auf alle Massenaktionen einwirkt.

Wie überall, so werden auch in Bulgarien soziale Reformen fast ausschließlich von der sozialistischen Partei gefordert. Infolge von Fraktionsstreitigkeiten war die Partei in den letzten Jahren allerdings so schwach, daß sie unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung nicht ausüben konnte, aber ihre langjährige Tätigkeit hat der Bevölkerung, besonders den arbeitenden Klassen, die Notwendigkeit und Wichtigkeit sozialer Reformen doch so tief eingegräbt, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehört, gezwungen war, soziale Reformen zu verschreiben. Das hat auch die gegenwärtige Koalitionsregierung, besonders ihr linker Flügel — die sogenannten Progressiven — getan, indem Gesetzesvorlagen über das allgemeine Risiko, über die Gründung eines Arbeiterversicherungsvereins, über alle bestehenden Fonds vereinigen sollte, über den Lohnvertrag, über Fabrikhygiene usw. in Aussicht gestellt wurden. Jetzt, nach dem Kriege, wird die Stimmung zugunsten dieser Reformen zweifellos sehr finden. Der Handels- und Arbeitsminister sagte zwar mehr als einmal, daß die neue Lage ihn nicht zwingen könne, die vorgeschlagenen Reformen aufzugeben, aber es ist augensichtlich, daß im besten Falle diese Reformen nur auf dem Papier aufgeführt werden können. Die

Die Gebietsveränderung und der Zugang zum Ägäischen Meer sind also vorderhand die einzigen positiven Ergebnisse des Balkankrieges für Bulgarien. Die negativen Folgen aber sind die Verlangsamung der gesetzgebenden Arbeit im allgemeinen und der sozialen Gesetzgebung im besonderen, die Stärkung des Militarismus und der nationalistischen Parteien, die Schwächung der Demokratie.

Alle diese Folgen würden nicht eintreten, meint Genosse Nikola Charakoff, wenn die macedonische Frage auf eine andere Weise gelöst worden wäre, d. h. wenn man statt der Verteilung Mazedoniens unter die Balkanstaaten das ungeteilte Mazedonien selbständig gemacht hätte. Eine solche Lösung würde zu einer Kräftigung des Militarismus in den verbündeten Staaten führen und würde auch keine neuen nationalen Streitfragen schaffen. Die Angleichung der oberen macedonischen Gebiete an die einzelnen Balkanstaaten kann herrschende Wirrnis nicht beseitigen. Es ist absolut unmöglich, die Staatsgrenzen gemäß der buren ethnographie Mazedoniens zu ziehen. Wie man auch die Grenzen ziehen mag, ein Teil der bulgarischen Bevölkerung wird Serbien zufallen, ein Teil der griechischen wird Bulgarien einverleibt werden usw., und das muß in Zukunft die nationalen Reibungen unter den Balkanstaaten nur noch mehr verschärfen. In einem selbständigen Mazedonien dagegen könnte jede Nationalität ihre Autonomie erlangen, und diese wäre zugleich der erste Schritt zu einer allgemeinen Balkanföderation. In diesem Falle gäbe es keinen Krieg und keine Zwietracht unter den verbündeten Staaten, und es gäbe auch keinen Zwist mit Rumänien, der jetzt so starke Befürchtungen erweckt.













